

Emnid-Umfrage: Drei Viertel der Bürger für Werbebeschränkung bei Kinderlebensmitteln – Große Mehrheit will verpflichtende Standards für Verpflegung in Kindergärten und Schulen

geschrieben von Andreas | 18. Januar 2016
Pressemitteilung

- Bürger für gesetzliche Maßnahmen zur Förderung gesunder Ernährung**
- Befragung widerlegt Aussagen von Minister Schmidt zum „Ernährungsreport 2016“
- 78 Prozent der Befragten sehen Ampelkennzeichnung positiv

Berlin, 17. Januar 2016. Drei von vier Verbrauchern (74 Prozent) halten Werbebeschränkungen bei Kinderlebensmitteln für einen geeigneten Weg zur Förderung gesunder Ernährung. 81 Prozent sprechen sich für verpflichtende Standards für die Verpflegung in Kindergärten und Schulen aus, eine „Ampelkennzeichnung“ zur Darstellung der Zucker-, Fett- und Salzgehalte auf Produktverpackungen bewerten 78 Prozent als positiv. Das geht aus einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts TNS Emnid im Auftrag der Verbraucherorganisation foodwatch hervor. Damit spricht sich eine große Mehrheit für gesetzliche Maßnahmen zur Förderung gesunder Ernährung aus – Bundesernährungsminister Christian Schmidt hatte in diesem Januar bei der Vorstellung seines

„Ernährungsreports 2016“ noch behauptet, die Menschen lehnten gesetzliche Regulierung und „Zwangsmaßnahmen“ ab.

„Herr Schmidt versucht krampfhaft, seine Politik der freiwilligen Selbstverpflichtungen und Aufklärungskampagnen mit der Unterstützung der Bevölkerung zu rechtfertigen – doch die Stimmung bei den Menschen ist eine andere“, sagte Oliver Huizinga, Experte für Lebensmittelmarketing bei foodwatch. „Die Verbraucher sind genervt von den Geschäftspraktiken der Lebensmittelindustrie, die mit ihrem Marketing schon kleine Kinder auf ungesunde Produkte anfixt. Regulierung ist erforderlich, um Nestlé, Danone, Kellogg's & Co. Einhalt zu gebieten. Minister Schmidt muss seine Verweigerungshaltung endlich aufgeben.“

Das Bundesernährungsministerium hatte die Ergebnisse seines Anfang Januar vorgestellten „Ernährungsreports“ damit zusammengefasst, dass die „Mehrheit der Deutschen zwar staatliche Maßnahmen für besonders geeignet hält, um einer gesunden Ernährung den Weg zu ebnen, aber nicht in Form von Verboten und Gesetzen.“ (Quelle: www.tinyurl.com/bmel-text). Grundlage des Reports ist ebenfalls eine Meinungsumfrage, bei der das Ministerium jedoch manipulativ vorging. So hatte es das Meinungsforschungsinstitut Forsa beauftragt, die Zustimmung zu verschiedenen Ansätzen zur Förderung gesunder Ernährung abzufragen. Dabei beschränkte es sich jedoch auf drei Wege – kindgerechte Aufklärung/Ernährungsbildung, neutrale Informationen und steuerpolitische Maßnahmen. Es fehlte beispielsweise jedoch ausgerechnet der Ansatz, der von zahlreichen gesundheitspolitischen Fachverbänden und Verbraucherorganisationen gefordert wird: Eine Beschränkung von Werbe- und Marketingmaßnahmen für ungesunde Lebensmittel insbesondere für Kinder. Die Akzeptanz steuerpolitischer Maßnahmen wurde zudem suggestiv abgefragt: Die Formulierung dieser Option lautete: „Besteuerung ungesunder Lebensmittel, z.B. besonders fett- oder zuckerreicher Lebensmittel, sodass diese für den Verbraucher deutlich teurer werden“. Das ist

stark wertend („deutlich teurer“) und zudem einseitig – weil die Möglichkeit weggelassen wird, dass im Gegenzug gesunde Lebensmittel steuerlich besser gestellt werden könnten, so dass es für die Verbraucher unter dem Strich nicht zu einer Verteuerung von Lebensmitteln insgesamt kommen müsste.

foodwatch hat daher ebenfalls die Zustimmung zu möglichen Maßnahmen zur Förderung gesunder Ernährung untersuchen lassen – mit weiteren Optionen und auf Anraten von TNS Emnid mit leicht geänderter Fragestellung im Vergleich zu der Umfrage des Ministeriums. Die Ergebnisse zeigen, dass – anders als von Ernährungsminister Christian Schmidt dargestellt – eine Mehrheit in der Bevölkerung gesetzliche Maßnahmen zur Förderung von gesunder Ernährung sehr wohl begrüßen würde.

Herrn Schmidt hatte foodwatch in der vergangenen Woche nach einer Auswertung des – vom Ministerium bis dahin nicht veröffentlichten – Tabellenbandes zum Ernährungsreport vorgeworfen, Umfrageergebnisse falsch dargestellt und ein manipulatives Bild der öffentlichen Meinung gezeichnet zu haben. Demnach wurden Ergebnisse unterschlagen, sachlich falsche Angaben in den Fragestellungen gemacht, die Befragten mit suggestiven Formulierungen oder durch die Vorgabe von Antwortmöglichkeiten geleitet und für eine Grafik manipulativ-verzerrte Größenverhältnisse gewählt. Auffällig oft dienen die Manipulationen des Ministeriums dem Politikverständnis von Minister Christian Schmidt, der in der Ernährungspolitik auf Aufklärung und freiwillige, gemeinsam mit den Unternehmen entwickelte Selbstverpflichtungen statt auf regulative Vorgaben für die Lebensmittelwirtschaft setzt.

In der foodwatch-Umfrage sagten zudem 92 Prozent der Befragten, sie hielten verpflichtende Ernährungsbildung in Schulen und Kindergärten für eine geeignete oder sogar sehr geeignete Maßnahme, 49 Prozent befürworteten eine steuerliche Besserstellung von gesunden Lebensmitteln gegenüber ungesunden Produkten. Im Auftrag von foodwatch hatte das Meinungsforschungsinstitut TNS Emnid am 12. und 13. Januar

1.002 Menschen in Deutschland bevölkerungsrepräsentativ befragt. Anders als das Bundesernährungsministerium hat foodwatch zeitgleich mit dieser Zusammenfassung auch den Tabellenband veröffentlicht, aus dem alle Ergebnisse und die originalen Fragestellungen hervorgehen.

Quellen:

- Ergebnistabellen der TNS-Emnid-Umfrage im Auftrag von foodwatch: www.tinyurl.com/h7x3tgt
- „Suggestive Fragen, falsche Angaben, verzerrte Darstellungen: Wie Minister Schmidt Umfragedaten für seinen ‚Ernährungsreport‘ manipulierte“ – foodwatch-Pressemitteilung vom 14. Januar 2016: www.tinyurl.com/pm-ernreport
- Ernährungsreport 2016 des Bundesernährungsministeriums (BMEL): www.tinyurl.com/bmel-ernaehrungsreport
- Forsa-Tabellenband zum BMEL-Ernährungsreport: www.tinyurl.com/tabellen-ernaehrungsreport
- BMEL zu den Ergebnissen des Ernährungsreports: www.tinyurl.com/bmel-text

Pressekontakt:

Oliver Huizinga
oliver.huizinga@foodwatch.de
(01 51) 15 22 87 17